

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 16.01.2007
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Aussprache über die Besichtigung des Kindergartens
6. Bebauungsplan 0-22 "City - Markt", Entwurf
Bezugsvorlage. 01175/03/2006
7. Bebauungsplan Nr. 8-5/1 "Gewerbegebiet Hülptingsen 3", Entwurf
Bezugsvorlage 0061/06/16.WP
8. Stellungnahme Stadt Burgdorf zur Änderung des Landesraumordnungsprogramms
9. Ausbauprogramm 'Untere Marktstraße', 'Poststraße', 'Braunschweiger Straße', 'Gartenstraße' und 'Bahnhofstraße'
10. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Nachdem die Mitglieder des Bauausschusses, die anwesenden Ortsratsmitglieder und die Vertreter der Verwaltung die Besichtigung des Kindergartens beendet hatten, eröffnete **Herr Dr. Zielonka** um 16.30 Uhr die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anmerkungen zur Tagesordnung lagen nicht vor. Die Mitglieder nahmen die Tagesordnung in der Form der Einladung vom 31.01.2007 zustimmend zur Kenntnis.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 16.01.2007

Herr Schrader bat auf Seite 6 der Niederschrift im Absatz „Herr Hunze und Herr Schrader schlossen sich den Ausführungen des Vorredners Schulz an.“ ersatzlos zu streichen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses genehmigten mit dieser Änderung die

Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 16.01.2007 einstimmig.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Frau Behncke informierte die Anwesenden über den zwischen dem Investor Kraft und Frau Amelie Ruff vor dem Verwaltungsgericht Hannover in Sachen Cup & Cino abgeschlossenen Vergleich. Aufgrund dieses Vergleiches seien die vor dem OVG Lüneburg anhängige Normenkontrollklage für erledigt und die gegen die Baugenehmigung eingelegten Widersprüche zurückgenommen worden.

Frau Frommelt berichtete, dass der Entwurf des Anschlussgelenkes zwischen der Weserstraße und dem JAK-Neubaugebiet nicht dem entspreche, was im städtebaulichen Entwurf vorgesehen sei, da für die ursprüngliche Variante der von der JAK getätigte Grunderwerb nicht ausreiche. Aus diesem Grund sei eine Änderungsplanung erforderlich, die zu einem späteren Zeitpunkt in die Planunterlagen eingearbeitet wird.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Es lagen keine Anfragen vor.

5. **Aussprache über die Besichtigung des Kindergartens**

Auf die Frage von **Herrn Obst** nach dem derzeitigen Stand der Planungen erläuterte **Herr Stakemann**, dass in der letzten Woche zwei verschiedene Alternativen mit den zukünftigen Nutzern abgestimmt worden seien. Hierbei handle es sich um eine „Minimal“-Variante und um eine etwas großzügigere Alternative hierzu. Auf der Grundlage dieser Entwürfe werde man nun die Kosten ermitteln und beide Varianten dann in der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 26.02. vorstellen.

Frau Weilert-Penk kritisierte, dass den Ausschussmitgliedern für die Besichtigung kein Grundentwurf des geplanten Anbaus zur Kenntnis gegeben worden sei.

Auf Wunsch von **Herrn Reuter** erläuterte **Herr Stakemann** die unterschiedlichen Varianten.

Herr Hunze stellte fest, dass der Kindergarten, gemessen an seiner Funktion, in seinem jetzigen Zustand zu dunkel sei und bat darum, nach der Fertigstellung des Anbaus die alten Räume einer Generalüberholung zu unterziehen.

Zu der Frage von **Herrn Obst** zu der zeitlichen Abfolge der Baumaßnahme erklärte **Herr Stakemann**, dass eine genaue Aussage erst in der Bauausschusssitzung am 26.02. getroffen werden könne.

Angesichts der Anfrage von **Herrn Walter**, ob die Raumplanung mit der zukünftigen Bedarfsplanung abgeglichen worden sei, wies **Herr Benecke** darauf hin, dass die Kindergartenbedarfsplanung das Thema in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.03. sei.

Bezüglich der Terminplanung für den Anbau bat **Herr Hunze** die Verwal-

tung darum, der Vorlage eine entsprechende Aufstellung beizufügen.

**6. Bebauungsplan 0-22 "City - Markt", Entwurf
Bezugsvorlage. 01175/03/2006
Vorlage: 2007 0101**

Frau Behncke gab eine kurze Einführung in die Thematik.

Herr Wissmann erläuterte ausführlich die erarbeitete Planung sowie die vorgenommenen Änderungen. Ein Betrieb während der Nachtstunden sei nur dann möglich, wenn zuvor eine entsprechende Schallschutzmessung bewiesen habe, dass der vorgeschriebene Pegel eingehalten werde.

Zu Punkt 5 der im Bebauungsplan enthaltenen „örtlichen Bauvorschriften“ erklärte **Frau Behncke**, dass die vom Investor geplante Sichtschutzmauer und die angrenzende Sichtschutzwand nach Auffassung der Bauverwaltung durch den Materialwechsel einen unschönen und unruhigen Anblick bieten. Daher halte man es für besser, eine durchgängige Mauer mit einer Höhe von 1,80 m zu errichten und davor ein kleines Pflanzbeet anzulegen.

Herr Hunze schlug vor, die Mauer wie Gebäude zu gliedern und mit einer entsprechenden Ziegelabdeckung zu versehen.

Frau Heldt und **Herr Reuter** sahen eine durchgängige Mauer als sehr eintönig an. **Herr Reuter** sah daher als Alternative einen Holzzaun mit Mauerelementen.

Herr Wissmann erläuterte, dass es hier nicht um Schallschutz, sondern ausschließlich um Sichtschutz ginge.

Herr Dr. Gebbe gab zu bedenken, dass eine 1,80 m hohe Mauer vom Grundstück Schnaith aus gesehen eine Höhe von 2,80 m erreichen und mit Sicherheit zu Einwendungen von Seiten Schnaith führen würde.

Nachdem **Herr Dr. Zielonka** die Meinung der Bauausschussmitglieder für eine Mauer zusammengefasst hatte, wurde der Beschlussvorschlag zu 1. dahingehend erweitert, dass hinsichtlich Nr. 5 der örtlichen Bauvorschriften die Art der Einfriedung mit dem Investor und dem Nachbarn abzustimmen ist.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten einstimmig für den wie oben geänderten Beschlussvorschlag zu 1. der Vorlage Nr. 2007 0101.

**7. Bebauungsplan Nr. 8-5/1 "Gewerbegebiet Hülptingsen 3", Entwurf
Bezugsvorlage 0061/06/16.WP
Vorlage: 2007 0096**

Frau Herbst erläuterte kurz den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten einstimmig für den Beschlussvorschlag zu 1. der Vorlage Nr. 2007 0102.

8. Stellungnahme Stadt Burgdorf zur Änderung des Landesraumordnungsprogramms
Vorlage: 2007 0102

Frau Behncke wies darauf hin, dass es sich bei der der Vorlage angehängten Stellungnahme der Rechtsanwältin Rüping um eine Entwurfsfassung handele. Diese sei zwischenzeitlich in ihrer endgültigen Form abgefasst worden und liege dem Niedersächsischen Landtag vor.

Herr Obst kritisierte, dass die Vorlage den Ausschussmitgliedern erst am 30.01 vorgelegen habe, und es nicht möglich sei, diese innerhalb der kurzen Zeit aufzuarbeiten und eine Stellungnahme hierzu abzugeben.

Frau Behncke betonte, dass auch die Verwaltung Probleme mit der Erstellung einer Stellungnahme innerhalb der kurz bemessenen Frist von drei Monaten habe. Hinzukomme, dass diese Stellungnahme auch einer internen Abstimmung innerhalb der Verwaltung bedurfte.

Auf allgemeinen Wunsch der Ausschussmitglieder erläuterte **Herr Brinkmann** ausführlich den Sinn und Zweck des LROP sowie daran anschließend die Stellungnahme der Stadt Burgdorf. Anschließend wurde diese ausführlich durch die Ausschussmitglieder diskutiert.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten einstimmig für den Beschlussvorschlag zu 1. der Vorlage Nr. 2007 102.

9. Ausbauprogramm 'Untere Marktstraße', 'Poststraße', 'Braunschweiger Straße', 'Gartenstraße' und 'Bahnhofstraße'
Vorlage: 2007 0093

Frau Leykum stellte fest, dass die Vorlage bereits in der Sitzung des Umwelt- und des Verkehrsausschusses umfassend beraten worden sei.

Herr Dr. Zielonka verwies auf die Bedeutung der Planungen für die städtebauliche Entwicklung der Stadt. Daher sei auch der Bauausschuss zu beteiligen.

Herr Hunze sah die Notwendigkeit einer weiteren Beratung im Bauausschuss nur für den Fall, falls beim Umbau der Gartenstraße andere Materialien verwendet werden sollten.

Herr Schrader sah einen weiteren Beratungsbedarf. Er bat die Verwaltung um Erläuterung der Ergebnisse der Bürgerversammlung.

Hinsichtlich der Bedenken einiger Bürger, warum in einigen Bereichen auf Radwege verzichtet werde, führte **Frau Frommelt** aus, dass grundsätzlich in 20-km-Zonen keine Radwege zulässig seien.

Bezüglich des Buswartehäuschens auf Höhe des Bekleidungsgeschäftes Fehling sei zu berichten, dass die Stadt verpflichtet sei, Zug um Zug behindertengerechte Buscups einzurichten. Man habe dieses betreffende Bushäuschen zwar notwendigerweise in den Förderantrag übernommen, werde es jedoch nicht bauen.

Frau Rickert erklärte, dass das Konzept auch ein Ergebnis der Diskussion im Arbeitskreis sei und dieses von dort für gut befunden werde.

Auf die Frage von **Herrn Hunze**, für welchen Zeitraum die zeitliche Abwicklung der Maßnahmen vorgesehen sei, antwortete **Frau Frommelt** dass mit der Umsetzung natürlich erst nach der Fertigstellung der B188

neu begonnen werden könne. Hinsichtlich einer weiteren Einwendung von **Herrn Schrader**, ob das Konzept mit dem ÖPNV abgesprochen sei, erklärte **Frau Frommelt**, dass dies der Fall sei, die bisherige Handhabung bei öffentlichen Veranstaltungen im Fahrbahnbereich jedoch beibehalten werde.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses empfahlen dem Verwaltungsausschuss den Beschluss über die Vorlage Nr. 2007 0093 erst in der Sitzung am 27.02.07 zu fassen.

Sie stimmten mit 5-Ja-Stimmen und drei Enthaltungen für den Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 2007 0093.

10. Anregungen an die Verwaltung

Es wurden keine Anregungen vorgetragen.

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.

Herr Dr. Zielonka schloss den öffentlichen Teil um 18.50 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer